



BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE.

Erklärung der LAG Friedenspolitik der Linken Baden-Württemberg anlässlich der Rede Gregor Gysis zur Gründung Israels vor sechzig Jahren

Die LAG Friedenspolitik der Linken in Baden-Württemberg hält manche Äußerungen Gregor Gysis in seiner Rede vom 14.04.08 zum Thema Israel für sehr bedenklich und teilweise falsch.

Völlig unverständlich ist uns, wie Gregor Gysi behaupten kann, der Begriff Imperialismus trifft auf Israel nicht zu. Ein Staat, der andere Staaten bedroht und überfällt, wie z. B. 2006 den Libanon, seine Interessen mit Waffengewalt durchsetzt und dadurch seine Landesgrenzen ausdehnt, ist per Definition ein imperialistischer Staat. Israel besitzt Atomwaffen und erhält die meiste Militärhilfe der USA (bis 2005 über 100 Mrd. US-Dollar)

Gregor Gysi spricht von der besonderen Verantwortung für Israel. Dies ist auch die Begründung, mit der verschiedene Bundesregierungen die Aufrüstung Israels vorangetrieben haben. Unter anderem lieferte Deutschland Dolphin-U-Boote, von denen aus Atomraketen abgefeuert werden können. Das hat Die Linke im Bundestag zu Recht kritisiert. Unsere Verantwortung ist, das Wettrüsten im Nahen Osten zu beenden. Das darf nicht einfach unter den Tisch fallen, nur weil eine Atommacht des Nahen Ostens Geburtstag feiert.

In Punkt 5 seiner Rede spricht Gysi von zwei Gruppen jüdischer Gegner des Zionismus. Er vergisst die Wichtigste: die jüdischen Sozialisten. Zu dieser Gruppe gehörte auch Rosa Luxemburg. Die These dieser Strömung war, die Unterdrückung der Juden könne nur gemeinsam mit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Kapitalismus überwunden werden. Diese Strömung war zu Zeiten von Theodor Herzl besonders stark, weil viele Arbeiter in dieser Bewegung ihre Ziele besser verwirklicht sahen als im bürgerlichen Zionismus.

Ein Blick in die israelische Gesetzgebung, wie z. B. die Ausnahmeregelung über die verwalteten Gebiete (angepasst 1984), zeigt, dass demokratische Rechte nicht für Alle gleichermaßen gelten. Dieses Gesetz garantiert jedem jüdischen 'Bürger in den

seit 1967 besetzten Gebieten Wahlrecht, allen Anderen nicht. Sie unterliegen dem Militärgesetz. Das Gleiche gilt auch für den Landerwerb. Wie Menschen in Israel behandelt werden, hängt auch von ihrer Religionszugehörigkeit ab. Linke jüdische und palästinensische Stimmen vergleichen dies mit der Apartheid in Südafrika.

Ebenfalls in Punkt 5 seiner Rede vergleicht Gysi Israel mit der Schweiz in Bezug auf das Existenzrecht. Dabei vergisst er, dass die Schweiz bisher noch keine Landeroberungskriege gegen ihre Nachbarn geführt hat und diese weder besetzt noch bedroht. Außerdem hat die Schweiz völkerrechtlich anerkannte Grenzen. Israels Grenzen sind (immer noch) nicht definiert.

Unserer Meinung nach kann es in Israel und Palästina nur Frieden geben, wenn es zu ernst gemeinten Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, unter Einbeziehung aller politischen Akteure, inklusive der Hamas, kommt. Diese Ansicht vertritt auch der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter.

Die Hamas toleriert und unterstützt Raketenangriffe aus Gaza auf israelische Städte wie Sderot und Aschkelon. Gleichzeitig hat die Hamas aber auch mehrere glaubwürdige Waffenstillstandsangebote gemacht, die von der israelischen Regierung abgelehnt oder ignoriert wurden. Die massiven und völlig unverhältnismäßigen Angriffe der israelischen Armee auf palästinensische Gebiete fordern zahlreiche Opfer und stärken militante Kräfte.

Militärische „Sicherheitspolitik“ bringt keinen Frieden für Menschen in Israel und Palästina.

Die Rede von Gregor Gysi spiegelt keineswegs die Meinung der Mehrheit der Parteimitglieder der Linken wider. Die Nähe von Gysis Äußerungen zum politischen Mainstream in Deutschland lässt befürchten, dass die Äußerungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Realität der israelischen Besatzungspolitik vor allem ein kalkulierter Schritt zur Annäherung an die „etablierten“ Parteien darstellen und „Regierungsfähigkeit“ signalisieren sollen.

Wir wollen, dass Die Linke sich mit den außerparlamentarischen Aktionen der israelischen, palästinensischen und internationalen Bewegung für Frieden in dieser Region solidarisiert und diese unterstützt. Auf parlamentarischer Ebene fordern wir, dass die Bundestagsfraktion der Linken weiterhin Druck auf die deutsche Regierung ausübt, um alle Militärhilfen und Rüstungsgeschäfte mit Israel und dem gesamten Nahen und Mittleren Osten zu stoppen. Wir fordern unsere Fraktion darüber hinaus auf, deutlich vernehmbar auf den Abriss der völkerrechtswidrigen, 730 km langen Mauer, sowie auf die Durchbrechung der Isolation des Gaza-Streifens hinzuwirken.

60 Jahre Israel bedeuten 60 Jahre Nakba – die Vertreibung der Palästinenser. Und das ist wirklich kein Grund zum Feiern.